

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne  
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 2.

Berlin, den 10. Januar 1909.

10. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

**Wirtschaftliche Ausblicke.** — Heißame Lehren. — Eine Aufgabe in der Winteragitation. — Rundschau: Nützlichkeiten der Bauunternehmer im Saarrevier. Nochmals Gewerkschaftsbeiträge und neue Steuern. Vom Kampf der Partei gegen die Gewerkschaftsbeamten. Verlogenheiten der sozialdemokratischen „Vergewaltigung“. Die ungarische Regierung. Verhaftung amerikanischer Arbeiterführer. — **Wirtschaftliche Bewegung.** — **Verbandsnachrichten:** Hamm i. W. Düsseldorf. Guttstadt, Ostpr. Königsberg i. Pr. Niederleina. Nordberny. Sempelfeld. Bezirk Breslau. — **Volkswirtschaftliches und Soziales.** — **Von den Arbeitsstellen.** — **Literarisches.** — **Streikbrechungen.** — **Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.** — **Bekanntmachungen.** — **Veranstaltungskalender.** — **Anzeigen.**

## Wirtschaftliche Ausblicke.

Wird das Wirtschaftsjahr 1909 uns die erhoffte Wiederbelebung von Handel und Industrie bringen? Diese Frage dürfte gegenwärtig nicht nur von jedem Volkswirtschaftler, sondern vor allem auch von den von der wirtschaftlichen Niederlage am härtesten betroffenen Arbeitern gestellt werden. Da ist es von Interesse, Urteile von solchen Sachverständigen zu vernahmen, die an der Spitze großer industrieller Unternehmungen oder Banken stehen, mithin einen ziemlich weiten Blick über unser Wirtschaftsleben besitzen. Das „Berliner Tageblatt“ hat eine diesbezügliche Rundfrage an eine Reihe solcher Männer gestellt, deren Beantwortung Beachtung verdient.

Geheimer Kommerzienrat Arnhold, Chef der Firma Caspar Wollheim, ist nicht der Anschauung, daß das deutsche Wirtschaftsleben sich in einem Zustande trostloser Depression befinde. Er schließt das nicht aus der nach wie vor günstigen Lage der oberschlesischen Kohlenindustrie.

Die reichliche und zu guten Preisen verwertbare deutsche Getreideernte wird dem inländischen Markt, namentlich dem wirtschaftlich schwächeren Osten, einen reichen Kapitalzufluß bringen und die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung stärken. Unser Exporthandel hat besser als derjenige der konkurrierenden Industriestaaten seinen Absatz auf dem Weltmarkt zu erhalten verstanden; zahlreiche neue und ausstreichreiche überseeische Verbindungen sind unter dem Druck des verminderten innerdeutschen Absatzes angeknüpft worden. Die für unser Wirtschaftsleben besonders wichtige Autarkie mit den vielen von ihr abhängigen Gewerbebezügen muß nach so lange geübter Beschränkung unter dem Anreiz billigen Geldes, wohlfeiler Materialpreise, auch wohl geringerer Löhne eine Belebung erfahren. Auch der Inlandkonsum, der lange Zeit vorwiegend von der Hand in den Mund gelebt hat, zeigt in manchen Branchen eine unverkennbare Wiederbelebung. Selbst in der besonders nothleidenden Eisenindustrie ist in letzter Zeit eine etwas größere Regierbarkeit wahrnehmbar; die bisherige Zurückhaltung der Käufer scheint der Einsicht Platz zu machen, daß die stark gestiegenen Preise kaum noch unterboten werden können und einen spekulativen Anreiz bieten. Mit einer gesteigerten Tätigkeit der Schwerindustrie aber wird Hand in Hand eine Gesundung des rheinisch-westfälischen Kohlenmarktes gehen. Man darf bei Beurteilung der ganzen Lage auch nicht übersehen, daß die vorangegangenen ungewöhnlich günstigen Jahre mit ihrer geradezu gewaltigen Steigerung der Umläge den Blick für das, was als normaler Geschäftsgang zu gelten hat, einigermassen getrübt haben; oftmals werden unter diesem Eindruck Abschwächungen schon als kritisch angesehen, welche nur die natürliche Reaktion gegenüber einer vorangegangenen zu lebhaften Aufwärtsbewegung darstellen.

Er schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß wenn das Jahr 1909 auch kein glänzendes zu werden vermag, doch jedenfalls die rückläufige Bewegung ihren Abschluß gefunden habe.

Der Direktor der Nationalbank, Geh. Kommerzienrat Witting, konstatiert zunächst, daß die deutsche Bankwelt mit dem abgelaufenen Geschäftsjahre zufrieden sein könne. Es liege jedoch ein Jahr ernsthafter Depression hinter uns.

„Gewiß sind — das muß man immer wieder betonen — die Grundlagen unseres ökonomischen Lebens gesund, aber es gibt doch zu bedenken, daß trotz eines zeitweiligen ungewöhnlich flüssigen Geldstandes die Belebung des Geschäftes keine rechten Fortschritte machen, der Unternehmungsgeist unserer Kaufleute und Industriellen immer noch nicht recht wieder erwachen will. Es beweist das neben manchen anderen Anzeichen, daß unser Vorwärtsgen in dem vergangenen Rhythmus der Hochkonjunktur zu stürmisch gewesen, und daß man die richtige Diagonale zwischen Kapitalverwertung und Kapitalverbrauch nicht immer zu finden verstanden hat. Und das soll und muß uns denn auch eine Lehre für die kommenden Jahre sein, nicht in zielloser Expansion, nicht in unermüdlicher Jagd nach Geschäften liegt das Heil, und das amerikanische Wirtschaftsleben darf uns mit unsrer so ganz anders gearteten Verhältnisse nicht als Vorbild dienen. Vielmehr muß weise Beschränkung, kritische Selbstsucht alle tenten, die im Wirtschaftsleben stehen, besonders die führenden Persönlichkeiten und Korporationen. Mit eiserner Strenge müssen vor allem die verantwortlichen Leiter unseres Finanzwesens darüber wachen, daß endlich einmal in Staat und Kommunen die unverantwortliche Vorgewalt aufhört, die unsern Kredit gefährdet und eine dauernde Gesundung unserer Volkswirtschaft verhindert.“

Konrad Gutmann, Direktor der Dresdner Bank, kommt, nachdem er auf die Steigerung unseres Nationalvermögens, niedrigere Rohmaterialpreise, größere Geldflüssigkeit

und Herabsetzung des Zinsfußes hingewiesen hat, zu der Meinung:

„Vorausgesetzt, daß politische Ereignisse nicht störend eingreifen — und ich bin nach wie vor der Meinung, daß insbesondere die orientalische Frage ihre friedliche Erledigung finden wird — darf man dem neuen Jahre hoffnungsvoll entgegensehen. Es berechtigt uns hierzu vor allem die Erwartung auf einen auch weiterhin flüssigen Geldmarkt, dem auch die Folgen der letzten vortrefflichen Ernte noch zugute kommen werden. Die stets wachsende Zunahme unserer Bevölkerung muß in kurzer Zeit eine Wiederbelebung der Bautätigkeit herbeiführen, womit auch das Signal für eine Wiederbelebung der Industrie gegeben sein wird. Gleichwohl werden wir uns in bezug auf die Bautätigkeit keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben dürfen. Im allgemeinen kann man aber sagen, daß in unserer Zeit der großen Bevölkerungszunahme und der raschen Steigerung des Verkehrs die Epochen des Niederganges schneller überwunden werden, als es in früheren Jahren der Fall gewesen ist.“

In dem Aufhäufen größerer Lagerbestände innerhalb der Industrie erblickt der Geh. Kommerzienrat Dr. Loewe, Generaldirektor der Firma Loewe & Co., A.-G., keine Gefahr. In der Zeit der Hochkonjunktur konnte den Anforderungen des Bedarfs vielfach nicht entsprochen werden. Bei Wiedersteigerung des Bedarfs bilden die jetzt aufgehäuften Lager einen Ausgleich und können alsdann ungehindert Erscheinungen wie übergroße Beschleunigung in der Herstellung, übertriebene Materialpreise und Löhne vermieden werden.

Für welchen Zeitpunkt eine energische Belebung des Konsums zu erwarten ist, läßt sich schwer voraussagen. Es ist anzunehmen, daß der dauernd billige Geldstand doch schließlich dazu führen wird, daß die flüssigen Mittel in der Industrie Verwendung finden. Besonders wichtige Momente, die für die Belebung der Absatzverhältnisse in Frage kommen, sind die Entwicklung des Geschäftes in den Vereinigten Staaten von Amerika und die Entwicklung der Bautätigkeit in Deutschland. Es ist anzunehmen, daß von diesen beiden Faktoren eine Belebung des Geschäftes, wenn auch nicht in den nächsten Monaten, so doch in der zweiten Hälfte dieses Jahres zu erwarten ist, vorausgesetzt natürlich, daß die politischen Verwicklungen, die gegenwärtig auch noch sehr schwer auf Handel und Industrie lasten, gelöst werden, und wir zu ruhigen und gesunden internationalen Verhältnissen gelangen.“

Abhängig von der Erhaltung des Friedens erblickt Geh. Baurat Dr. Nathenau, Generaldirektor der A. G., in erster Linie unsere wirtschaftliche Zukunft. Schwere Gefahren erblickt er ebenfalls in der schwebenden Finanzreform, mit der Gas- und Elektrizitätssteuer. Die Meinungen der übrigen befragten Herren bewegen sich, von Spezialfragen abgesehen und der besonderen Lage einzelner Industrien, in gleichem Sinne. Allgemein gewinnt man den Eindruck, daß die rückläufige Konjunktur für überwinden betrachtet wird, für die Zukunft lassen sich aber bestimmte Voraussagen nicht machen. Von welcher Bedeutung das Baugewerbe für die Bessergestaltung der allgemeinen Wirtschaftslage ist, tritt ostentativ hervor. Immerhin macht sich ein gewisser Optimismus in diesen Antworten geltend, wovon man Hoffen möchte, daß er in noch weit stärkerem Maße sich rechtfertigen möge. Von der glücklichen Lösung der Balkanwirren hängt zunächst das Wichtigste ab.

## Heißame Lehren?

Im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften von seiten der katholischen Fachabteilungsrichtung bildet die Stellung der ersten zur Selbsthilfe im Wirtschaftsleben einen festen Stein des Anstoßes. In vielfacher Variation hören wir da von „Streikorganisationen“, von einem „Streiksystem“, vom „Machtkampf“, vom „modernen Faustrecht“ als einer dauernden Institution“ und noch anderes mehr. Das in pathetischer Form in die Welt geschleudert, wird der geübten Selbsthilfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ein ganz anderer Sinn untergeschoben, als diese ihr selbst zugesetzt. Ihr handelt es sich nur um die Erringung einer gerechten Sache, wobei die Günst der Verhältnisse, Wert und Gegenwert für die zu bringenden Opfer einer mitunter jaft anglichen Prüfung unterworfen werden. Das wurde immer hervorgehoben und auf die gewaltigen Erfolge der organisierten Arbeiterschaft hingewiesen, bei den Fachabteilungsführern aber ohne Erfolg.

Auf die Frage nach einem anderen, und zwar nach einem besseren Wege zur Vertretung der Arbeiterinteressen, wie sich das in Konsequenz der gemachten Vorwürfe von selbst ergibt, antworten die Fachabteilungsleiter mit dem heroischen Hinweis, die Lohnfrage sei keine Machtkfrage, sondern eine Rechtsfrage, die auf gesetzlichem Wege ihre Regelung finden müßte. Da nun an eine derartige Regelung heute nicht zu denken ist, die Arbeiter aber momentane Hilfe verlangen, verweisen sie auf das „gütliche Vorgehen“, das mit der Zeit doch „erwischen“ müßte, und empfehlen zur Begründung ihrer Forderungen die Führung von Haushaltungsbüchern. Letzteres ist nichts Neues, die Haushaltungsbücher haben schon von Anfang der modernen Arbeiterbewegung an eine Rolle gespielt und haben schon manchem geführten „Machtkampf“ die Sympathie der öffentlichen Meinung eingetragen. Die Haushaltungsbücher haben also ihr Gutes, daß sie aber eine ent-

scheidende Wirkung auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ohne die Anwendung der Selbsthilfe hervorgerufen hätten, das kann kaum jemand behaupten. Sie sind eben nur eine der verschiedenen Waffen in dem Emanzipationskampfe der Arbeiter.

Nun wollen wir annehmen, daß ein wirklich ehrliches Bestreben bei den Fachabteilungsleitern vorhanden ist, daß sie tatsächlich an ihre Sache glauben und von ihren Mitteln den gewollten Zweck erhoffen. Wir sagen das, weil es uns mitunter schwer wird, das zu glauben, und weil die tatsächlichen Verhältnisse in diesen Führern Männer sind, die sie nicht verstehen, Optimisten, die von den Kräften und Mächten unseres Wirtschaftslebens ganz eigenartige Vorstellungen haben müssen. Aber nehmen wir ihren guten Glauben an. Wie schwer muß sie da die Behandlungsweise der an den Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens gemachten Eingabe treffen, die durch eine Indiskretion an die sozialdemokratische „Breslauer Volkswacht“ in die Öffentlichkeit gelangt ist! Aber gerade hierin zeigt sich die rauhe Wirklichkeit.

Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) hat eine Eingabe an genannten Verein gemacht, mit dem Zweck, eine Verbesserung der minimalen Lohnverhältnisse der niederschlesischen Bergleute dadurch zu erreichen. Der Eingabe sind die Ergebnisse der geführten Haushaltungsbücher zugrunde gelegt, und zwar für je eine vier-, fünf- und sechsköpfige Familie. Der ermittelte Lohnbedarf beträgt bei einer Familie mit vier Personen wöchentlich 18,88 M oder 981,76 M im Jahr, bei einer Familie mit fünf Köpfen 26,00 M wöchentlich oder 1352,00 M im Jahr, und bei einer solchen mit sechs Personen wöchentlich 29,35 M oder 1526,20 M im Jahr. Nun offenbart sich in dieser Differenzierung schon eine große Naivität, denn wir haben heute keine Lohnzahlung nach den sozialen Gesichtspunkten, wie sie aus dieser Eingabe gefolgert werden muß, nach der Stärke der Familien, sondern nach dem Quantum der Arbeit allgemein gesprochen. Welche Behandlung hat nun diese Eingabe erfahren?

Der Niederschlesische bergbauliche Verein hat sich auch eine Vertrauensperson gesucht, und sie in dem Hauer Joseph Leppelt auf den Fürstensteiner Gruben gefunden. Dieser Leppelt hat ebenfalls ein Haushaltungsbuch geführt, jedenfalls im Auftrage der Grubenverwaltung. Er „beweist“ nun, daß eine Familie von neun Personen mit 23,20 M wöchentlich oder 1206,40 M im Jahr auskommen kann. Wie blutiger Hohn liegt sich dabei, daß seine neunköpfige Familie für Miete und Steuern wöchentlich 1,69 M oder 87,88 M im Jahr, und für Kleidung, Wäsche und Schuhe 1,53 M wöchentlich oder 79,56 M im Jahr verausgabt. Bei Angabe solcher Zahlen wird man unwillkürlich an die oft geschilderten sittlichen Zustände innerhalb der schlesischen Arbeiterschaft erinnert. Jedenfalls aber erscheint dieser „Rechenmeister“ den Grubenherren als ein Musterarbeiter, und wird er als durchaus vertrauenswürdig hingestellt, der über seine Ausgaben genau Buch führt. Und nun kommt das Entscheidende: Die Eingabe der katholischen Arbeitervereine wird als unzuverlässig bezeichnet, sie sei vielfach übertrieben und sei ihr aus dem Grund kein allzu hoher Wert beizumessen. Die Grubenherren stellen dabei Vergleiche an, die den Menschen, vor allem den Arbeiter aufs äußerste reizen, ja erbittern müssen. Es heißt dann zum Schluß:

„Die Verammlung stimmte dem Vorstehenden darin (der Unzuverlässigkeit der Eingabe usw.) zu, hielt den Zeitpunkt für ein näheres Eingehen auf die Angelegenheit für nicht geeignet und nahm das eingegangene Material zur Kenntnis.“

Damit ist die Angelegenheit für die Grubenherren erledigt. Bei dieser Gelegenheit verweisen wir auf die oberschlesischen Grubenbesitzer, die auf eine Eingabe des „Berliner“ Arbeitersekretärs Mustiol in Königsbütte, in der um Aufhebung der schwarzen Liste gebeten wurde, im August 1907 antworteten, sie verhandelten nur mit den Arbeitern selbst und seien daher nicht in der Lage, auf seine Ausführungen einzugehen. Punktum.

Was folgern wir nun aus diesem Vorgehen der Grubenbesitzer und dem Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) bz. der Fachabteilungen? Daß die Eingabe überhaupt gemacht wurde, beweist, daß die augenblicklichen Verhältnisse unzulängliche sind und dringend der Verbesserung bedürfen. Geschicht das nicht, ist materielles Elend unausbleiblich, daraus entstehen, das ungeheure sittliche Elend, schlechte Wohnungen und Kleidung, schlechte Ernährung, geistige Verkümmern usw. Die Arbeitgeber geben das jedoch nicht zu, suchen sich vielmehr einen billigen Pöbel, der Zweifel sowohl in die Einzelsummen wie in die Endsummen durch seine Aufstellungen trägt, und gehen auf Grund dieser zur Tagesordnung über das Ganze über. Das ist bequem und billig, und gewinnt man damit auch vor der Öffentlichkeit noch einen Schein von Recht. Was nun in dieser unerquidlichen Situation tun? Für das als Gerechtigkeitsgefühl empfundene eintreten, einfach das letzte Mittel

ergreifen und die Arbeit verweigern, oder das große sittliche Element weiter bestehen lassen. Es dürfte da nicht schwer fallen zu entscheiden. Die Fachabteilungen tun das nicht, was sollen sie da aber für den Arbeiter für einen Zweck haben? Keinen.

Könnte die Haltung der Grubenbesitzer eine andere sein? Ja das könnte sie schon, aber sie wollen nicht. Anders würde es sein, wenn eine organisierte Masse ihnen gegenüberstände, von der vorausgesetzt werden muß, daß sie bereit ist, auch zum letzten Mittel, zum Streik zu greifen. Dann beginnen auch die Arbeitgeber Rechnungen von Wert und Gegenwert aufzustellen, und da werden Konzessionen eher möglich sein. Geradezu demütigend ist vorgezeichnete Behandlung der „Berliner“ Eingabe. Kein Wort davon, ob die Grubenbesitzer auf Grund ihrer Verdienste in der Lage seien, einen höheren Lohn zu bewilligen, sondern nur darüber, wie der arme Teufel von Arbeiter sein Leben am billigsten und jämmerlichsten durchschlägt. Man begreift die teuflische Freude der sozialdemokratischen Presse über diesen „Fall“. Werden die Führer der Fachabteilungen diese neue Lehre über die Verfehrtheit ihrer Ideen einsehen? Wir wagen's kaum zu glauben. Zuversichtlich aber hoffen wir, daß die Mitglieder der Fachabteilungen zu der Erkenntnis kommen, daß ihr heutiges Tun nur Zeit- und Kräfteverschwendung ist.

### Eine Aufgabe in der Winteragitation.

Eine regelmäßig wiederkehrende Klage ist, daß eine Anzahl unserer Mitglieder, die mit dem Beginn des Winters ihre Arbeitsstelle in den Industriegebieten mit dem Aufenthalt in der Heimat wechseln, abreisen, ohne ihre satzungsgemäßen Pflichten zu erfüllen. Sie reisen ab, ohne sich abzumelden und ihre restierenden Beiträge zu entrichten. Der Grund für dieses Verhalten ist entweder Bequemlichkeit, der Vorliebe woher zu weit ab, oder Gleichgültigkeit, man hält es einfach nicht für notwendig, sich abzumelden. Bei den meisten ist jedoch die Beitragsfrage entscheidend, sie möchten sich von diesen drücken. Das gelingt ja nun nicht immer, mitunter müssen sie nach Monaten noch nachgezahlt werden, aber versucht wird es doch. Reist man im kommenden Frühjahr nicht an die alte Arbeitsstelle zurück, läßt man sich an der neuen nicht annehmen, das ist ja mit 50 Pf. gemacht. Klug ist das ja keineswegs, denn neben der allgemeinen Schädigung werden doch auch die in der Organisation erworbenen persönlichen Rechte beeinträchtigt. Das ist aber bei der Kurzfristigkeit dieser Kollegen nicht ausschlaggebend, sie wollen vor der Hand mal ihr Geld behalten.

Das bedeutet einen großen Mißstand, unter dem hauptsächlich die örtliche Geschäftsführung zu leiden hat. Die Führung der Mitgliederliste ist erschwert, mitunter nahezu unmöglich. Notwendige Aktionen, wo an den einzelnen persönlich, auch an die Abgereisten herangetreten werden muß, werden dadurch stark behindert, es fehlt überhaupt die innere Geschlossenheit. Am meisten aber leidet darunter eine geordnete Kassenführung. Wir haben daher alle Veranlassung, dahin zu wirken, daß dieser Uebelstand beseitigt wird. Im Interesse der Ordnung und der Disziplin drängt das um so mehr, es dürfte das auch der Fluktuation der Mitglieder entgegenwirken.

Ein Uebel beseitigen heißt dessen Ursachen erkennen, und die liegen hier zunächst im mangelnden Pflichtbewußtsein. Der Zweck und Sinn der Organisation ist bei diesen Kollegen in der Tat unverständlich geblieben, zum mindesten ist der persönliche Eigenmut stärker als wie das Interesse am Wohlbestehen der Allgemeinheit. Darin offenbart sich, welche Arbeit noch zu leisten ist, um das mangelnde Verständnis auf jene Höhe zu bringen, die derartige ausschließt. Um das zu erreichen, dürfte etwas weniger Jagdseligkeit bei manchem, im übrigen pflichttreuen Kollegen im Vorgehen gegen dieses Uebel am Platze sein. Manche Kollegen sind, wie man zu sagen pflegt, viel zu gut, sie können selbst dann nicht energisch gegen eine Person auftreten, wenn diese sich einer Pflichtvergeßlichkeit schuldig macht und dadurch die Allgemeinheit schädigt. Ein energisches Auftreten in solchen Fällen wird immer zur Gewissensklärung beitragen. Innere Ueberzeugungstätigkeit ist also das erste; wer den Zweck der Organisation erkannt hat, wird es auch mit seiner Pflichterfüllung ernst nehmen. Bis es dahin gekommen ist, werden immer Zwangsmittel moralischer und materieller Natur in Anwendung gebracht werden. Wer an den Erfolgen der Organisation teilnimmt, soll auch zu deren Opfern bereit sein. Das ist durchaus verständlich und auch zu billigen. Wenigstens so lange, als eine Organisation nicht gegen sittliche Interessen und die der Allgemeinheit verstoßt.

Die Wege, die zu diesem Ziele führen, sind allgemein bekannt, so daß ich nicht mehr darauf eingehen brauche. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, bemerke ich, daß eine Art von Terrorismus, wie Drohlosmachung etc., mir hierbei nicht vorzuziehen ist. Die allgemein geliebte Kontrolle meine ich, und diese gilt es noch etwas zu erweitern. Sie soll hauptsächlich dazu beitragen, die eingangs bezeichneten Mißstände zu beseitigen. Nachdem nunmehr sämtliche Kollegen in der Heimat weiter, muß in den einzelnen Orten eine gründliche Bücherrevision vorgenommen werden. Das ist ohne größere Mühe durchführbar und dürfte eine heilsame Wirkung für die Zukunft ausüben. Wie sie vorzugehen wird, möchte sich nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen richten, entweder in einer Mitglieder-Versammlung, oder durch Einsammeln sämtlicher Bücher durch gewählte Vertrauensleute. Das Resultat dürfte alsdann in einer Versammlung bekanntgegeben werden, was zwar dahingehend, wer und wieviel mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, und wer sich nicht ordnungsmäßig abgemeldet hat. Das Resultat muß alsdann nachgeholt und die rückständigen Beiträge eingetrieben werden, selbstverständlich in der gleichen Höhe wie an dem Ort, wo der Beiträger in Arbeit gefunden hat. Wird die Kontrolle mit aller Gründlichkeit durchgeführt, dürfte sich bald eine Aenderung bemerkbar machen. Ein ich doch der Ueberzeugung, daß manchem Kollegen kein Leben dieser Zeiten etwas ungenügend wird. Das habe ich nicht die Absicht, daß es nachteilig wirkt. Auf dieses aufmerksam zu machen, war der Zweck meiner Zeilen. Zum Schluß noch eins. Der Zweck einer Organisation besteht nicht nur in der Befriedigung der materiellen Mittel, und mögen sie noch so stark sein, das nicht reichen. Das ist die Aufgabe der Staaten und der Wirtschaftsorganisation vergangener Zeiten. Die Stärke, Gesundheit und Wohlfahrt unserer Väter hängt davon

ab, daß wir nicht nur unsere Pflicht kennen, sondern sie auch erfüllen. Möge das Gemeingut jedes, auch des letzten Mitgliedes werden. G. S. -

### Rundschau.

**Rückstellungen der Bauunternehmer im Saarrevier.** In einem Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und die verwandten Betriebe der Saarregion an seine Mitglieder wird auf den Ablauf des jetzigen Vertrages hingewiesen und gesagt:

„Im Frühjahr 1909 läuft u. a. der Vertrag mit den Maurerorganisationen ab, so daß noch im Laufe des Winters neue Verhandlungen bevorstehen. Dieserhalb sowie auch im Interesse der Allgemeinheit machen wir nochmals auf die Streikklausel aufmerksam, wie solche durch Beschluß der vorjährigen Hauptversammlung festgelegt ist. Die Streikklausel hat folgenden Wortlaut:

Eine Arbeitsniederlegung oder Aussperrung der Arbeitnehmer in einem für die Erfüllung des übernommenen Werkvertrages unmittelbar oder mittelbar erforderlichen Betriebe bewirkt die Verlängerung aller Fristen bz. Hinausschiebung aller Termine um die Dauer der Arbeitsniederlegung oder Aussperrung.“

Alsdann wird auf die Wichtigkeit der Streikklausel hingewiesen. Ohne dieselbe sei der Arbeitgeber, bei dem oft große Geldderivate und auch seine Existenz auf dem Spiel ständen, den Arbeitern vollständig ausgeliefert, die nur zu fordern wüßten, aber nichts zu verlieren hätten. Das sind faule Redensarten, weiter nichts. Ansonst müßte es überhaupt keine Bauunternehmer mehr geben, denn seither hatten sie doch auch keine Streikklausel. Im übrigen mögen unsere Mitglieder aus diesem Rundschreiben ersehen, in welchen Bahnen sich die Unternehmer bewegen, und auch ihrerseits die notwendigen Vorbereitungen treffen.

**Nochmals Gewerkschaftsbeiträge und neue Steuern.** Wie wir dem Wochenblatt „Der Postbote“ entnehmen, ließ sich in einer am 23. November in Arnsherg stattgefundenen Sitzung der Handelskammer für die Kreise Arnsherg, Brilon, Meschede der Syndikus Dr. Schlietert zu vorstehendem wie folgt vernehmen:

„Es ist eine alte Lehre, daß große Beträge auf dem Wege der Steuererhebung nur zu erlangen sind, wenn auch die Massen dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden; das sei in allem Maße gerechtfertigt, wenn es sich um Verbrauchsgegenstände handle, die nicht notwendige Lebensbedürfnisse seien, denen sich der einzelne durch Enthaltensamkeit entziehen könnte. Von diesem Standpunkt aus werde man die Absicht der Staatsregierung, die großen Verbrauchsgegenstände der Massen, Tabak, Bier und Branntwein, mehr zur Steuer heranzuziehen, im vollen Maße billigen können. Die Notwendigkeit, die minderbegüterten Klassen in steuerlicher Beziehung gewissermaßen als ein noli me tangere zu betrachten, sei aufs entschiedenste zu bestreiten. Die Arbeiter geben ja selbst ein klassisches Beispiel für ihre Steuerkraft. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zahlten im Jahre 1907 durchschnittlich an ihre Gewerkschaft pro Kopf circa 47 M.; eine Leistung, die gegen 1891 das Vierfache bedeutete. Die Einnahmen der Gewerkschaften betragen im Jahre 1907: 51 Millionen M., ihr Vermögen 33 Mill. Mark. Das haben die Arbeiter im Wege der Selbstbesteuerung aufgebracht. Soll man solche Volkstreu nicht zur Bestenwerbung heranziehen? Vielleicht könnte das Standesbewußtsein in den Arbeitern nur erhöht werden, wenn sie zu der Ueberzeugung geführt werden, daß sie dem Staate gegenüber auch Pflichten auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung zu erfüllen haben.“

Der letzte Satz ist, so sagt genanntes Blatt hinzu, völlig unbegreiflich. Haben denn die Arbeiter bisher keine Steuern bezahlt? Der letzte Groschen, den sie verdienen, wird ja vermöge des berücksichtigten § 23 zur Steuer herangezogen. Der Pflichten gegen den Staat weiß man sich in Arbeiterkreisen übrigens besser zu erinnern, als in den Kreisen von Bildung und Besitz, welche sich vermeintliche „Bedürfnisse“ angeeignet haben, die tausendmal eher eine härtere Belastung ertragen können, wie die Verbrauchsgegenstände der großen Masse: Tabak, Bier und Branntwein. Daß Herr Dr. Schlietert die hohen Beiträge an die Gewerkschaften als Beweis anführt, daß beim Arbeiter noch stärker als bisher die Steuerkraft angezogen werden könne, ist wirklich lächerlich. Zunächst sind in dem Beitrag des Arbeiters an die Gewerkschaften Spargroschen enthalten, welche er in Fällen der Not als Unterstützung zurückhält. Der übrige Teil des Beitrages ist als das Kapital anzusehen, welches der Arbeiter anlegt zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen und damit auch höherer Löhne. Gewiß wird den organisierten Arbeitern die Zahlung des Beitrages oft sehr schwer, aber er weiß, daß er zahlen muß, um sich und seinen Angehörigen eine einigermaßen anständige Existenz zu sichern. Er weiß, daß sich das Kapital, welches er in Gestalt von Beiträgen an die Gewerkschaften anlegt, gut verzinst.

**Vom Kampf der Partei gegen die Gewerkschaftsbeamten.** Die sozialdemokratische Neue Zeit hat wieder den Kriegspfad gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten betreten. Diese erwarten — meint die „Neue Zeit“ — zuviel von der Gegenwartsarbeit der „Bewegung“, das Endziel aber ist ihnen zu wenig. Wortführer der Rechtgläubigen gegen die Gewerkschafts-Revisionisten war in der „Neuen Zeit“ zuerst „Genosse“ Barbus; nachdem auch „Genosse“ Jüdel sich ihm angeschlossen, ist die Geduld der hartlangesappten Gewerkschaftsbeamten gerissen, und der internationale Sekretär der Transportarbeiter, „Genosse“ Jochabe, antwortet nunmehr im gewerkschaftlichen Zentralorgan. Er fragt, was die neue Heße zu bedeuten habe, und erklärt sich die Sache folgendermaßen:

„Ist es die Lust am Ständemachen, ist es übergroßer Eifer einiger Zeilensänder, oder spielt Bosheit und Hinterlist eine Rolle dabei? Es wird wohl von allen hier genannten Eigenschaften ein Teil die Triebfeder des Angriffs auf die Gewerkschaftsbeamten bilden. Ueber den Zweck dieses Angriffs aber schreibt Jochabe: Die Änderung der Artikel von Barbus und Jüdel

läuft darauf hinaus, die Gewerkschaftsbeamten zu isolieren, sie in den Augen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Genossen herabzuwürdigen, Konfliktsstoff und Beunruhigungen in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen hineinzutragen, einen Gegensatz zwischen Partei- sowie Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftsbeamten zu schaffen.

Das Organ der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften gibt seine Zustimmung zu Jochabes Ausführungen zu erkennen. Die Angriffe der „Neuen Zeit“ gegen die Gewerkschaftsbeamten haben also die seit dem Nürnberger Parteitage besonders gespannten Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft abermals verschlechtert.

**Verlogenheiten der sozialdemokratischen „Bergarbeiterzeitung“.** In Nummer 52 der sozialdemokratischen „Bergarbeiterzeitung“ finden wir in einer Auseinandersetzung mit dem christlichen Bergarbeiterverband und der „Saarpost“ über den im letzten Frühjahr im Saargebiet ausgebrochenen Gipferstreik, der von unserem Verbands geföhrt wurde, folgende aus den Fingern gelogene Unwahrheiten:

„Als der Gipferstreik ausbrach, schalteten die Christen die freien Gewerkschaften aus, prahlten in der „Saarpost“, daß die Führung vom christlichen Bergarbeiterverbande übernommen worden sei und daß die 30-, 40-, 50-, 60- oder 100 000 Saarchristen hinter dem Gipfer ständen. Darauf hat Reimpeters geschrieben, daß unter solcher Konstellation die armen Gipfer ihren Kampf verloren hätten, noch ehe er begonnen habe, weil die Christen den Leuten nichts als Schimpfreden auf freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie bieten könnten, damit sei aber der Hunger der Streikenden und ihrer Kinder nicht gestillt. Wie geschrieben, traf es buchstäblich ein. Die Christen konnten keine Unterstützung zahlen. Der „Führer“ mußte sich vor der heterogenen Masse flüchten, der Streik ging elendig zugrunde. Reimpeters soll nun schuld an dem Verlust dieses Streiks sein, weil er den Arbeitern die Wahrheit voraus sagte, nämlich, daß sie verraten seien, sobald sie sich von diesen Schaamschlägern einfangen ließen, wie ja auch die Bergleute betrogen sind, solange sie sich von Männern betören lassen, denen ihre Partei- und Glaubensgenossen öffentlich vorhalten, daß sie wider besseres Wissen die Unwahrheit sagen.“

Im dem Ganzen ist nur das eine wahr, daß Reimpeters durch seinen Artikel die Lage der streikenden Gipfer erschwert hat. Alles übrige sind blanke Unwahrheiten. Der Gipferstreik wurde von uns erfolgreich gegen eine Reihe von den Unternehmern gedachter Verschlechterungen geführt.

**Die ungarische Regierung schreitet auf dem Kriegspfade gegen die Gewerkschaften weiter.** Nämlich hat der Minister des Innern die 150 000 Mitglieder zählende Fachorganisation der Eisen- und Metallarbeiter für aufgehoben erklärt. Angeblich wegen statutenwidriger Umtriebe. Die ungarischen Organisationen beabsichtigen ob dieses neuen Gewaltzuges in den Generalstreik einzutreten.

**Bestrafung amerikanischer Arbeiterführer.** Wegen Mißachtung einer gerichtlichen Entscheidung in einem Prozesse, den die Bucks Stove and Range Company angestrengt hatte, wurden kürzlich Samr Comper, der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes, zu einem Jahr Gefängnis, der Vizepräsident Mitchell zu neun Monaten und der Sekretär Morrison zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der erwähnte Prozeß war veranlaßt worden durch die Aufnahme der Gesellschaft in die von der Arbeitersbundeszeitung veröffentlichte schwarze Liste und durch den infolge dieser Aufnahme eingetretenen Boykott der von der Gesellschaft erzeugten Herde und Defen. Eine gerichtliche Aufforderung, den Namen der Gesellschaft nicht weiter in der schwarzen Liste zu veröffentlichen, war von dem Arbeiterbund unbeachtet geblieben. Hoffentlich geht man in Amerika ebenso scharf gegen die schwarzen Listen der Arbeitgebervereinigungen vor.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: die Firma Benzen in Benrath b. Düsseldorf, die Firmen Wellner in Caistrop, die Firma Evers in Neuenkirchen b. Rheine, wegen Nichterhaltung des Tarifvertrages. Bezug ist ferngehalten.

### Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag morgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Dachbieder.** Hamm i. W. Seit dem Jahre 1905 besteht hier eine Zahlstelle der christlich organisierten Dachbieder. Die Lebensfähigkeit derselben, sowie der Opferrinn und Ueberzeugungstreue der Kollegen ist in allen Teilen als gut zu bezeichnen. Die Folge davon ist nun, daß die Zahlstelle der Retororganisisten so weit reibefunktioniert ist, daß sie heute so ziemlich als Null zu betrachten ist. Infolge der Vorkommnisse, die sich besonders in letzter Zeit in den Reihen der Genossen zugetragen haben, hat sich bei den hiesigen Kollegen nun endgültig die Ueberzeugung herausgebildet, daß ihr Platz nicht in der freien Organisation ist. Hamm ist deshalb aus der Gegenstand fortwährender Verlorenheit, das feste Schmerzensband verhängender hervorragender auswärtiger Genossen des roten Dachbiederverbandes, konnten wir es doch erleben, daß im letzten Frühjahr der Vorsitzende der Zahlstelle Dortmund des freien Dachbiederverbandes eigens zu dem Zwecke in Hamm Arbeit annahm, um, wie man sagte die Sache wieder in Ordnung zu bringen. Doch nicht lange, und derselbe mußte enttäuscht wieder abgehen. Jetzt marschieren zwei andere Genossen auf, die in ihrer Agitationsweise gewiß den Gipfel der Gemeinheit und Uebertracht erkennen und weit über den Kreis der Kollegen hinaus von sich reden machten, so daß heute der Name Stödel und Beantl in aller Munde ist. Ihre christlichen Kumpan, wenn ihr euch nicht bald unschreiben laßt, schlagen wir euch die Knochen entzwei.“ Mit diesen und andern Ausdrücken, die hier gar nicht wiederzugeben sind, wurden unsere Kollegen fortwährend traktiert, doch der Erfolg war durchaus negativ. Als man nun sah, daß dieses nicht half, ging man dazu über, unsere Kollegen brotlos zu machen, welches auch in einem

alle tatsächlich gelang. Ein verheirateter Kollege mit einer zahlreichen Familie wurde bei seinem Arbeitgeber derart denunciert, daß derselbe dem Kollegen kündigte. Der Kollege Wall nämlich war mit einem frei organisierten Hilfsarbeiter an einer auswärtigen Arbeit beschäftigt. Nach Rückkehr von derselben instruierten diese Genossen fraglichen Hilfsarbeiter nach seinen eigenen Mitteilungen dahingehend, daß dieser zu keinem Arbeitgeber hinging und demselben sagte, er könne mit Wall nicht mehr zusammen arbeiten, da derselbe fortwährend bei der Arbeit betrüben sei. Die Folge davon war, daß Wall auf die Straße flog. Jahrelang hatte dieser Kollege bei demselben Unternehmer in Arbeit gestanden ohne sich jemals etwas zu schulden kommen zu lassen. Wir beschloßen deshalb, die Sache auf ihre Wahrheit hin zu prüfen. Wir stellten deshalb zunächst Ermittlungen bei dem Vogelswirt, bei dem die beiden zusammen gewohnt hatten, an. Postwendend ging uns die Antwort zu, daß er (der Kollege) den Mann nie betrunken gesehen habe, während der Arbeit so wenig, als sonst wo. Darauf interpellierten wir den betreffenden Hilfsarbeiter, welcher uns denn auch gestand, daß er gelogen hatte. Weiter gab er an, er könne nichts dafür, Stödel und Beant hätten ihn hierzu überredet, um auf diese Weise mit den Christlichen aufzuräumen. Wir hielten es nunmehr für unsere Pflicht bei dem bisherigen Arbeitgeber unseres Kollegen vorstellig zu werden, der auch, als er sah, daß er von den Genossen dupliert worden sei, ehrlich genug war, denselben sofort wieder einzustellen. Zu allem diesem hatten wir bisher geschwiegen. Und gerade unser Vorgesetzter war es, der die Kollegen, bei denen ob solcher Sachen die Erregung bereits einen bedenklichen Grad angenommen hatte, immer wieder ermahnte, nicht in die gleichen Fehler wie unsere Gegner zu verfallen obwohl wir hier mehr als die Macht dazu gehabt hätten. „Denn“, so führte unser Vorgesetzter aus, „wir führen einen Kampf der Ueberzeugung und nicht der brutalen Gewalt.“ Doch zu dem, was sich diese Genossen anlässlich des traurigen Unglücksfalles, von dem unser Vorgesetzter so schwer betroffen wurde, geleistet haben, noch länger zu schweigen verbietet uns unsere Selbstachtung. Als nämlich vor einigen Tagen kurz nach dem Unglück dieses von den Kollegen lebhaft besprochen wurde, unterhielten sich auch unter anderem zwei dieser Genossen in einem Straßenbahnwagen über das Unglück. Hierbei nun bedenklichen fragliche Genossen, namentlich der befahrene der beiden, eine derartige rohe Bestimmung, daß der Straßenbahnfahrer derselben zur Hebe stellte, wie man denn in so herzloser Weise über einen vom Unglück so schwer heimgesuchten Berufskollegen sprechen könne. Und zwar fielen die Worte, „dem ist ganz recht geschieden, dem Hund, es mußte noch schlimmer kommen, ich wollte er wäre verreckt, wo der Lump einen Kollegen für ihre Organisation gewinnen konnte, da lief er sich die Beine ab.“ Als vor einigen Tagen diese Blatzleistung bekannter Veröffentlichung die Runde durch die Tagespresse machte, fragte man sich allgemein, woher haben diese Menschen solche Gemeinheiten? Auf diese Notiz in der Tageszeitung haben die Sozialdemokraten bereits geantwortet; in dem sie den Sachverhalt zwar zugeben, aber insofern zu beschönigen suchen, als sei traglicher Genosse gar kein Mitglied der freien Gewerkschaft, er wäre nur solches gemäß seiner Angabe. Doch was solches zu bedeuten hat, wissen diejenigen am besten, die deren maßlose Agitation am eigenen Leibe verspüren mußten. Entgegen dieser Behauptung möchten wir die Genossen fragen, wie ist es möglich, daß neulich bei der kombinierten Versammlung der christlichen und freien Dachdecker zwecks Neuabschließung des Tarifes eben der selbe Dachdecker den Kassierer der freien, der jahrelang mit noch einem andern der einzige freierorganisierte hier am Platze war, und ohne die wohl überhaupt hier keine freien mehr existieren würden, in einer Weise provozierte, daß dieses das relativ Gaubium für die christlichen war und wir uns des heimlichen Nachens nicht mehr vermehren konnten, wenn derselbe gar nicht Mitglied der freien Organisation war? Was nun den Wunsch des „Verreckens“ betrifft, so wird dieses voraussichtlich nicht eintreffen. Und wir wollen Gott danken wenn uns der Kollege noch lange Jahre erhalten bleibt. Solange aber derselbe noch unter uns bleibt, wird unsere Bahnhalle weiter blühen, gebelien zum großen Vergnügen der Genossen. Wenn es aber bisher noch Kollegen gab, die zweifelnd zwischen uns und jenen standen, so sind ihnen jetzt die Augen geöffnet. Und wäre die Sache nicht gar zu traurig, wir können uns beinahe freuen ob der Dummheit gewisser Genossen.

Maurer.

Düsseldorf. Am Sonntag, den 13. Dezember, fand unsere diesjährige Generalversammlung der Verwaltungsstelle statt. Zur Tagesordnung stand: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassensbericht. 3. Anträge und Beschlüsse. Kollege Weiser referierte über den 1. Punkt. Die schlechte Konjunktur ist an der Verwaltungsstelle nicht spurlos vorübergegangen und hat sich die Mitgliederzahl verringert. Von allen Berufen, welche der Verwaltung angeschlossen sind, haben nur die Gemeinreue und Zimmerer keinen Tarifvertrag. Die Gemeinreuegeschäfte sind zum Teil dem Arbeitgeberbunde unterworfen worden; sie glauben ihre Schutzkontingenz allein besser betreiben zu können, während der Bund es ablehnt, für diese Indifferenten einen Tarifvertrag abzuschließen. Mit den Zimmermeistern haben zweimal Verhandlungen stattgefunden. In der Lohnfrage hätte man sich wohl einigen können, doch verlangten die Zimmermeister eine Gegenleistung, die darin bestand, daß die Gesellen der Baugeschäfte, welche nicht der Zimmererorganisation angehören, einen um 5 Pfg. höheren Stundenlohn fordern sollten. Die Lohnkommission lehnte das ab und kam es dadurch nicht zum Vertragsabschluss. Die Friesenleger haben nach gehinderten Kämpfen einen neuen Vertrag zum Abschluß gebracht. Daß er in vielen Fällen nicht eingehalten wird, geht aus den Berichten der Tagespresse hervor. Die Firma Hof u. Co. lehnte selbst den Beschluß der Schlichtungskommission ab. Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit haben lebensfalls die Saffatoure und Püger am meisten zu leiden gehabt. Fast über ein Jahr dauerten die Verhandlungen des Tarifvertrages in diesem Gewerbe. Mehrere Sperren mußten verhängt werden, weil nichtorganisierte Unternehmer sich weigerten, den Vertrag anzuerkennen. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter stehen beinahe vollständig unter dem großen Vertrag. Für den Stadt- und Landkreis Düsseldorf ist ein einheitlicher Stundenlohn vorgesehen, doch bezahlt wird er nicht. Eine große Unzufriedenheit ist deshalb unter den Kollegen vorhanden, bezüglich und fahrgeld ist, trotzdem es im Vertrag steht, bei den Unternehmern ein unbekanntes Ding. Sollen diese Zustände beseitigt werden, so bedarf es selbst bei guter Konjunktur einer tätigen Mitarbeit aller Kollegen. Es ist bedauerlich, daß die Schlichtungskommission in vielen Fällen fast vollständig versagt. Es liegt dies zum Teil an der nicht korrekten Durchführung der vorgeschriebenen Bestimmungen, andererseits aber auch an der Persönlichkeit, welche der Kommission vorsteht. Es ist, mit einem Worte gesagt, den Unternehmern um die Durchführung des Vertrages nicht Ernst. An sozialen Wahlen beteiligten sich die Kollegen in diesem Jahre an der Ortskrankenkassenwahl und der Zwangsliste der freien Bauunternehmung (da die Verknüpfung der Handwerker mit der Metallarbeiterkategorie für die gemeinsame Ortsliste auch das Majoritätsprinzip uns wiedergebracht hat, so mußte leider den Genossen das Geld überlassen werden. Anders hätte es schon sein müssen bei der Bauunternehmung. Im vorigen Herbst waren die Genossen mit 33 Stimmen Mehrheit Sieger geblieben. Das Interesse für die Sache war bei ihnen nun so stark, daß nach kaum einem Jahr von 14 Verehrten, die gewählt waren, nur noch 2 der Klasse angehörten. Es mußte daher Neuwahl stattfinden. Viele unserer Kollegen glaubten auch diesmal, es ginge ohne sie. Trotzdem in der acht Tagen Zeit, die uns zur Verfügung stand, genügend Agitation betrieben war, reichte die Stimmzahl nicht aus. Die Genossen erhielten 230 auf uns entfielen 191 Stimmen. Versammlungen wurden im Laufe des Jahres abgehalten: Kombinierte Versammlungen 6, Ausschüßsitzungen 9, Vorstand- und Vertrauensmannversammlungen 14. Die Tätigkeit des Sekretariats und des Sozial-

beamten gefallte sich wie folgt: Besucht wurden öffentliche Versammlungen 13, Mitgliederversammlungen 89, Beamtenkonferenzen, Vorstand- und Ausschüßsitzungen 142, Schlichtungskommissionssitzung, Vertretung am Gewerbegericht und Unfallschiedsgericht in 24 Fällen. Es wurde den arbeitslosen Kollegen durch das Sekretariat vielfach Arbeit übermitteln. Wenn dies auch nicht immer möglich sein kann, so sollten doch die Kollegen schon wegen des statischen Materials, das für uns heute bei Eingaben so notwendig ist, sich pünktlich bei Arbeitslosigkeit melden. Auch solche, die offene Stellen wissen und auf schnellem Wege mitteilen, können den Arbeitsnachweis fördern. Der Arbeitsnachweis ist heute besonders in der Krisenzeit ein wichtiger Faktor und gebührt ihm unsere ganze Aufmerksamkeit. Auch den Volkshilfsbestrebungen ist man entgegengekommen. Die Mitglieder haben Gelegenheit, durch den sozialen Ausschüß für billiges Geld die Arbeitervorstellungen im Stadttheater hiers zu besuchen. Ferner wurde ein Studenten-Ferienkursus, in diesem Sommer zum ersten Male unentgeltlich veranstaltet. Deutsch, Rechnen und Geographie wurde dreimal abwechselnd in der Woche durchgenommen. Diese Stunden waren durchweg besser besucht wie manche Versammlung, jedenfalls ein Zeichen, welches großes Interesse die Mitglieder den Befriedigungen entgegenbringen. Die Kosten des Sekretariats verteilte sich in Miete 144 M., Heizung 23,14 M., Telefon 42,24 M., Bureauverrechnung 96 M., Gasanlage und Licht 27,52 M., Papier und Schreibmaterial 70,98 M., Porto 38,74 M., Zeitungsabonnement 55,48 M., Agitation 160,25 M., Invaliden- und Krankengeld 59,58 M., für Einrichtung 44,65 M., Fahrrad-reparatur 28 M., Gehalt des Beamten 1850 M., Gesamtsumme 2640,58 M. Die Unterhaltung der Sekretariate und Ausbreitung der Verwaltungsstelle erfordert die finanzielle Unterstützung aller Kollegen. Viele derselben halten sich aber wenig oder gar nicht an die Beschlüsse, welche nach dieser Richtung hin gefaßt werden. Daher auch vielfach die berechtigten Vorwürfe der zahlenden Kollegen gegen die Nichtbeherer. Jedenfalls wird der nächste Verbandstag in Punkte Totalbeiträge ein ernstes Wort zu reden haben. Das Verhältnis zu den gegnerischen Organisationen scheint sich besonders auf den Bauernstellen gegen früher etwas gebessert zu haben. Die große Kartellgemeinschaft mag wohl nicht ganz unschuldig an dieser Veränderung sein. „Höje Menschen“ erzählen aber auch, daß der sozialdemokratische Parteitag hier in Düsseldorf seinen Spuk getrieben hätte und daher man wenig Zeit hatte, sich mit den Christlichen zu befassen. Der Geschäftsbericht wurde allgemein befriedigend aufgenommen. In der Diskussion wurde die ernste Mahnung an die Delegierten der einzelnen Jahrestellen gerichtet, mehr wie je ihrer Pflicht zu tun. Zum Punkt 2 gab der Verwaltungsstellenkassierer einen Überblick über die Gesamteinnahmen und Ausgaben des vierten Quartals dieses Jahres. Kassensbestand am Schlusse des dritten Quartals 1907 war 1973,42 M. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen im vierten Quartal 1907 4210,26 M., Ausgaben 363,80 M. Im ersten Quartal d. J. betragen die Einnahmen 591,37 M., Ausgaben 285,30 M. Einnahmen im zweiten Quartal 3215,08 M., Ausgaben 415,45 M. Totalfasseneinnahme im vierten Quartal 1907 1560,47 M., Ausgabe 1296,72 M. Einnahme im ersten Quartal 1908 807,13 M., Ausgabe 1244,48 M. Einnahme im zweiten Quartal 1216,29 M., Ausgabe 1078,88 M. Gesamteinnahmen der Zentrale sind somit 7956,69 M., Gesamtausgaben 1064,55 M., Gesamteinnahmen der Lokalfassen (inklusive Bestand) 5557,36 M., Gesamtausgabe 3620,05 M., direkt Bestand 1937,30 M. Erwähnenswert sind besonders die ausgezahlten Unterstützungsgebühren. Rechnet man das dritte Quartal 1908 hinzu, so wurden an Rechtschutz 218,50 M., Krankenunterstützung 782,30 M. und Sterbegeld 268 M. verausgabt. Auch in gewissen Kor-fällen wurde den betroffenen Kollegen aus der Lokalfasse 322,80 M. ausgezahlt. Es ist nicht auszuklaren, daß gerade in Fällen der Krankheit und der Not diese Unterstützungen den Kollegen sehr zu gute kommen. Mögen die Mitglieder bei gesunden und guten Tagen dessen stets eingedenk sein. Verschiedene Anträge wurden der nächsten Ausschüßsitzung überwiesen.

Wittlich, Ostpr. Am 15. Dezember tagte unsere erste Generalversammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom vierten Quartal. 2. Jahres- und Kassensbericht. 3. Ergänzungsbildung des Vorstandes. Der Vorsitzende Kollege Weiser verlas die Abrechnung, welche für richtig befunden wurde. Sodann übernahm das Wort unser Bezirksleiter Kollege Schönfeld, um einen Überblick über das vergangene Vereinsjahr zu geben. Er erinnerte daran, daß nun genau ein Jahr verfloßen sei, seit unsere Organisation hier am Orte gegründet wurde. Kein Kollege hätte wohl geglaubt, daß schon in alterndster Zeit unsere Organisation eine Kraftprobe bestehen sollte. Der Frühling sei noch nicht ins Land gezogen und kaum die ersten Arbeiten begonnen, als die beiden hiesigen Unternehmer den Austritt aus der Organisation von unsern Kollegen verlangten. Handlungsbienste hierzu leisteten die gelben Berliner katholischen Fachabteilungen. Herr Müller selber sei von Berlin extra nach Wittlich gekommen, weil Herr Kuzinski Allenstein die Verärterei allein nicht habe ausführen können. Allein es habe diesen Leuten nichts genutzt. Die Wittlicher Bauhandwerker seien aufgewacht und hätten den ersten Ansturm siegreich abgewehrt. Das Siegesjahr der Wittlicher sei verflummt. Aus einer kleinen Zahl sind wir bis heute ein mächtiger Stamm geworden. Über 90 Holzarbeiter seien dem Beispiel der Maurer und Zimmerer, sowie den Bauhilfsarbeitern gefolgt und bildeten heute eine kräftige Zahlstelle im christlichen Holzarbeiterverband. Durch unser Vorgehen sei die Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden täglich verkürzt und der Lohn dementsprechend erhöht worden. Es hätte noch mehr erreicht werden können, wenn nicht, wie schon gesagt, die Verräter der Arbeiter ihre Hand im Spiele gehabt hätten. Redner schloß seine Ausführungen mit einer Mahnung an alle Kollegen, nicht eher zu ruhen, bis der letzte Arbeiter organisiert sei, dann würden auch bessere Verhältnisse Platz greifen. Die Ausführungen fanden lebhaftesten Beifall. Der Jahres- und Kassensbericht stellte sich folgendermaßen. Es wurden vereinnahmt: Für 73 Stüd Eintragsmarken 36,50 M., für 50 Stüd Beitragsmarken à 30 Pfg., 255,00 M., für 700 Stüd à 35 Pfg. 245 M., für 98 Stüd à 40 Pfg. 39,20 M., für 90 Stüd Lokalfondsmarken à 10 Pfg. 9,0 M., in Summa 585,80 M. Hiervon erhielt die Hauptkasse 490,11 M., die Lokalfasse 95,49 M. Die Hauptkasse hatte eine Ausgabe von 124,36 M., so daß 365,75 M. abgehandelt wurden sind. Die Lokalfasse hatte eine Ausgabe von 49,15 M., so daß eine Kassensbestand von 46,34 M. verbleibt. Hiervon sind auf der Sparte 45 M. angelegt. Die Mitglieder nahmen den Bericht mit Befriedigung entgegen. Ein Antrag im Winterbeitrag von Pro Woche von 5 Pfg. zu zahlen, wurde einstimmig angenommen. Die Ergänzungswahl des Vorstandes wurde vertagt bis zur nächsten Mitgliederversammlung, welche am Sonntag, den 10. Januar, stattfindet. Mit einem Hoch auf unsern Verband schloß die imposante Versammlung.

Königsberg i. Pr. Am 30. Dezember tagte unsere diesjährige Generalversammlung, welche ziemlich gut besucht war; auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Jahresbericht. 3. Beschlußfassung über die Baupolizei von Mellin und Bevi. 4. Verschiedenes. Kollege Pallmar verlas die Abrechnung, aus welcher folgendes zu entnehmen ist: An Marken für die Zentralfasse wurden verkauft für 5429,05 M., die Gesamtausgaben betragen 990,00 M., hiervon für Gemeinreue-Unterstützung 523,25 M., Krankenunterstützung 203,60 M., Ausschüße im Bureau 114,90 M. usw. In der Zentralfasse gebührt 3180,69 M. Die Einnahme der Lokalfasse betrug 1721,69 M. Ausgaben: Für Hauskaffierung 345,00 M., Porto und Schreibmaterial 35,30 M., Inzerate 16,68 M., Gehalt der Lokalbeamten 488,00 M., Bücher 2,02 M., Unterstüßungen an Mitglieder 32,15 M., Agitation 48,15 M., kleinere Ausgaben 54,13 M., Gesamtausgabe 1001,42 M. Die Mitgliederzahl stieg von 630 auf 756. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zum Punkt 2 gab Kollege Pallmar den Jahresbericht.

Auch hier ist ein starker Rückgang der Baukonjunktur zu verzeichnen. In keinem Jahre sind soviel Arbeitslosen gemeldet worden als in diesem Jahre und zwar 5943 Stück gegen 2429 Stück im Vorjahr. Was die gesamte Einnahme anbetrifft, besteht die wesentliche Unterschied gegen das letzte Jahr. In diesem betrug die Gesamteinnahme 16 542,40 M., in diesem Jahre 15 207,00 M., mithin ein Minus von 1335,40 M. Nach der großen Arbeitslosigkeit, die in diesem Jahre zu verzeichnen war, müssen wir sagen, daß wir ziemlich auf derselben Höhe stehen als im vorigen Jahre. Dieses ist dadurch zu erklären, daß die Mitglieder fester zur Organisation stehen und ihre Beiträge in diesem Jahre pünktlicher bezahlt haben. Kollege Pallmar wies darauf hin, daß die Mitglieder auch für späterhin so fest für die Organisation stehen möchten. Alles übrige, was von den Genossen vorgebracht wird, daß wir die Beiträge für die Arbeiter geben u. a. m. ist nur Bescheid. Für Krankenunterstützung wurde in diesem Jahre bezahlt 1171,65 M., für Rechtschutz 120,70 M., Gemeinreue-Unterstützung 523 25 M. In der nach der Zentralfasse gebührt 88 15,94 M., 1 Sterbefall 44,00 M., Hauskaffierung 1002,24 M. Es fanden 14 Mitglieder und 2 große gemeinschaftliche Versammlungen, 12 Vorstandssitzungen und mehrere Bauteilbesprechungen statt. Außerdem wickelte sich eine rege Korrespondenz ab. In Punkt 3 wurde zur Sprache gebracht, daß auf den Bauten von Mellin und Bevi 13, ja bis 16 Stunden gearbeitet wurde. Nach Aufforderung unsererseits, die geregelte Arbeitszeit eingehalten, wo Hunderte von Mauern auf dem Straßenpflaster liegen, ließen sich die Heren auf nichts ein. Deshalb wurde beschlossen, die Baupolizei zu verhängen. Diesem Beschlusse folgten sich auch die Genossen. Durch die tägliche Baupolizei unserer Organisationen wurde die gesunkene Arbeitszeit eingeführt. Gleichzeitig wurde der Stundenlohn der Bauhilfsarbeiter um drei bis fünf Pf. erhöht. Im Verleihen von Werkzeugen. Pallmar darauf hin, daß am Schlusse der Beitragszahlung sämtliche in der Versammlung beschlossenen Lokalfondsmarken und Kartellmarken bezahlt sein müssen da ohne diese nicht der Schutztempel „Pflicht erfüllt“ hineinkommt, auch eher eine Unterstützung zur Auszahlung gelangt. In allen Punkten entspann sich eine lebhafteste Diskussion und wurde mit Beifall aufgenommen.

Niederlein. Am 27. Dezember hielten wir unsere erste Generalversammlung ab, die gut besucht war. Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige. Nachdem einige Kollegen, welche von Westfalen zurückgekehrt waren, sich angemeldet hatten, erläuterte der Vorsitzende den Jahresbericht. Seit Gründung der Bahnhalle im August wurden drei öffentliche und drei Mitgliederversammlungen abgehalten, welche immer gut besucht waren. Es erriete sodann der Kassierer den Kassensbericht vom III und IV. Quartal. Verkauf wurden an Marken: 12 Eintragsmarken à 50 Pfg. = 6 M., 75 Beitragsmarken à 3 Pfg. = 22 M. 50 Pfg., 98 Beitragsmarken à 40 Pfg. = 39 M. 20 Pfg., 42 Arbeitslosenmarken à 25 Pfg. = 10 M. 50 Pfg., Gesamteinnahme 78 M. 20 Pfg. An die Verwaltungsstellenkasse wurden abgeführt 71 M., 70 Pfg. Der Lokalfassenbestand der Bahnhalle Niederlein beträgt 4 M. 24 Pfg. Da die Kasse für richtig befunden erklärt war, wurde dem Kassierer die Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Kollege Josef Wäber als erster, Kollege Peter Guau als zweiter Vorsitzender, Kollege Josef Beck erster und Kollege Josef Koch als zweiter Kassierer, Kollege Johannes Josef Brand als erster und Kollege Josef Schid als zweiter Schriftführer. Als Kassierenwahlen die Kollegen Konstantin Dörz und Eduard Schneider, letzterer auch als Hauskaffierer. Als Delegierter zur Konferenz nach Marburg wurde Kollege Johannes Josef Brand gewählt. Der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Wäber sprach folgende Rede: „Welche Aufgabe haben wir während der Wintermonate zu erfüllen?“ an welcher sich eine rege Diskussion anschloß. Zum Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, während der Wintermonate wöchentlich eine Agitationsmarke à 10 Pfg. zu geben. Es fanden sodann noch mehrere Punkte ihre Erledigung. Kollege Paul richtete sodann noch an den neugewählten Vorstand die Bitte, im kommenden Jahre unermüdetlich tätig sein, sich stets seiner Pflichten bewußt sein, aber auch nicht eger rasten, bis der letzte Mann unserer Organisation zugeführt ist. Der Vorsitzende dankte sodann dem Kollegen Paul für seine Worte, legte aber auch den Kollegen ans Herz, die Worte zu beherzigen und in die Tat umzusetzen. Es wurde sodann die gut verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Korderny, 11. Dezember. Heute fand im Verbandslokale unsere diesjährige Generalversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Vorstandswahl, 2. Genehmigung der Winterbeiträge, 3. Verschiedenes. Der Vorstandswahl übergegangen wurde, erhielt unser Bezirksleiter, Kollege Müller-Münster das Wort. Derselbe sprach über die Wichtigkeit der Vorstandswahl und betonte besonders, daß bei den Aufgaben, die unsere Organisation zu erfüllen hätte, stets die besten und wichtigsten Kollegen an die Spitze der Verwaltungsstellen zu setzen seien. Aus der Wahl gingen hervor: Kollege Th. Nath als erster, Kollege Poppinga als zweiter Vorsitzender; E. Bengta als erster, Brandner als zweiter Kassierer; F. Fischer als erster; de Bries als zweiter Schriftführer; als Revisoren H. Wildemann und G. Pinka. Die gewählten Kollegen nahmen die Wahl an und de sprachen, nach Kräften dahin zu arbeiten, daß sie bei in sie gesetzten Vertrauens sich auch würdig zeigen werden. Zu Punkt 2 wurde beschlossen, in der beitragsfreien Zeit jede Woche 20 Pfg. Beitrag zu zahlen und zwar 10 Pfg. Agitationsbeitrag und 10 Pfg. Lokalbeitrag. Zu Punkt 3 wurden einige Anfragen beantwortet. Nachdem Kollege Müller noch dem alten Vorstand für seine Arbeiten gedankt, den jetzigen ermahnt, durch pünktliche und gewissenhafte Pflichterfüllung stets den Mitgliedern mit gutem Beispiele voranzugehen, die Mitglieder ermahnt, den Vorstand nach Kräften zu unterstützen und so durch gemeinsames Arbeiten an der gegenseitigen Schulung und Bildung unseres Standes beizutragen, sowie die Gleichberechtigung auf sozialem wirtschaftlichem und rechtlichem Gebiete zu erringen, fand die gut verlaufene Versammlung gegen 10 1/2 Uhr ihr Ende.

Simpfeld. Sonntag, den 13. Dezember, fand unsere monatliche Versammlung statt, welche gut besucht war. Zu Punkt 1 der Tagesordnung sprach der Vorsitzende über die Notwendigkeit der Organisation. Er hob besonders hervor, die Kollegen wünscheten wohl alle, durch die Organisation ihre Lage verbessert zu sehen, aber die Organisationspflicht würde zu leicht vergessen. Ein jeder müsse in der Agitation seinen Mann stellen und nicht erlahmen, bis die Indifferenten unseren Reihen wieder zugeführt seien. Zu Punkt 2: Erhöhung der Winterbeiträge, wies Kollege Zimmermann darauf hin, daß eine Erhöhung des Winterbeitrages unumgänglich notwendig sei. Er verstand es, die Kollegen zu überzeugen, worauf die Versammlung einstimmig beschloß, den Winterbeitrag von 10 auf 20 Pfg. zu erhöhen. Als in Punkt Verschiedenes die geschäftlichen Angelegenheiten geregelt waren, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaft die schön verlaufene Versammlung.

Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Beitrag Breslau. Am Sonntag, den 13. Dezember, tagte hier eine Bezirkskonferenz mit der Tagesordnung: 1. Bericht über die gemachten Erfahrungen im Bezirk, 2. Winteragitation, 3. Ergänzung eines Lokal- und Agitationsbeitrages. Aus der Berichtserstattung des Kollegen Pfeiffer ist zu ersehen, daß in einigen Jahrestellen recht reges Leben herrscht, und wieder in einem andern Teil eine große Unaktivität eingetreten ist. Es wurde den Delegierten aus Herz gelegt, daß mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden müsse wie früher. In den Jahrestellen sei darauf hinzuwirken, daß die Mitglieder sich keine Broschüren anteleen und diese nicht ihrem Verbandorgan fleißig durchlesen, damit sie über unsere christliche Arbeiterbewegung orientiert und so als dienendes Glied am innern und äußern Aufbau mitarbeiten helfen. Auch müsse

man, um in der Agitation Erfolge aufweisen zu können, es beschließen, sich dem Charakter eines jeden anzupassen. Das ist möglich, auch in Schichten besser voran zu kommen, wäre daraus zu entnehmen, daß innerhalb fünf Monaten neun neue Bahnhöfen mit circa 250 Mitgliedern waren gewonnen worden, trotz der schwierigen Agitation. In Kreuzburg, Conkstadt, Namslau, Schmögrau, Schöletz und Walkowitz, wo neue Bahnhöfe gegründet wurden, hatten wir meist mit der Schwierigkeit zu rechnen, daß uns keine Lokale zur Verfügung standen, und sind wir heute noch genötigt unsere Besprechungen manchmal unter freiem Himmel abzuhalten. Ueber die Schwierigkeiten bei den Bahnhöfen: Sabelschwert, Glog, Reinerz usw. haben wir bereits vor kurzem berichtet, es betrifft dieses die heftigste Agitationsweise der Fachabteilungen (Sitz Berlin). Interessant ist, aus dem Bericht zu entnehmen, wie es in Breslau mit dem Krankentessen steht. Sind doch wohl 90 Prozent der Bauhandwerker durch die freien Hilfskassen angegeschlossen. Wer nun aber denkt, daß auch die Arbeitgeber ein Mittel der Beiträge zahlen, der ist im Irrtum, die Breslauer Bauhandwerker zahlen die Beiträge allein. Auch sind hier Fälle zu verzeichnen, daß Arbeitnehmenden von Seiten der Poliere oder Arbeitgeber zugeraten wurde, sich freien Hilfskassen anzuschließen. Es scheint dieses die jahrzehntelange sozialdemokratische Erziehungsarbeit zu sein, die es früher als ein Ideal angesehen hat, recht viele freie Hilfskassen zu gründen. Ein weiterer Mangel ist das Kolonialsystem; die Poliere haben meist einen großen Anhang von Belanuten, und daneben besteht noch die übliche Gewohnheit, in der Kneipe zu frühstücken. Es gibt aber nun selber einen Teil der Poliere, die mit dem Wirt ein Abkommen getroffen haben und Prosenten beziehen. Somit ist schließlich derjenige, der das meiste Geld im Lokal sitzen läßt, der angegebendste Mann, obwohl der schlechteste Arbeiter. Vielleicht sieht hier mancher Arbeitgeber mal nach dem Rechten. An der Diskussion beteiligte sich auch Kollege Schmidt-Berlin, der in längerer Ausföhrungen nochmals auf die einzelnen Punkte zurückkam und manches Neue vorbrachte. Punkt 2 der Tagesordnung wurde nach dem Einleitungsplan des Kollegen G. Pfeffer angenommen. Ueber Punkt 3 entspann sich eine lebhafte Debatte und wurde nach dieser einstimmig beschlossen, vom 1. März 1909 ab den Sozialzuschlag von 5 Pfg. in allen Bahnhöfen einzuföhren. Der Agitationsbeitrag wurde nach dem Vermittlungsvorschlag des Kollegen Schmidt dahin geregelt, daß von den zwölf zu zahlenden Agitationsmarken die sechs ersten der Bezirkskasse, die sechs letzteren der Lokalkasse zu fallen sollen. Um in der Zentralisation eine Einheitsrichtigkeit herbeizuföhren, waren sich die Delegierten einstimmig darüber klar, daß neben dem Sozialzuschlag noch 5 Prozent der Lokaleinnahmen an die Verwaltungsstelle abzuführen sind. Nachmittags gegen 4 Uhr, nachdem Kollege Schmidt, Berlin, die Delegierten nochmals zu eifriger Mitarbeit ermahnte und ihnen lehrreiche Worte mit auf den Rückweg gab, wurde die Konferenz durch den Bezirksleiter, G. Pfeffer, Breslau, geschlossen.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Die Gewerbegerichte im Jahre 1907. Nach der statistischen Zusammenstellung des „Reichsarbeitsblatt“ bestanden im Deutschen Reich 425 Gewerbe- und 419 Innungsschiedsgerichte. Erstere haben um 86 zu-, letztere um 10 abgenommen. An sämtlichen Gewerbegerichten wurden 112543 Klagen anhängig gemacht, gegen 114530 im Vorjahre, und zwar 102674 Klagen von den Arbeitern gegen Arbeitgeber, 9472 von den Arbeitgebern gegen Arbeiter und 397 von Arbeitern gegen Arbeiter angestrengt. Wie ersichtlich, sind mit Ausnahme der letzten die Klagen zurückgegangen, was wohl auf die veränderte ungünstige Konjunktur als auch auf die immer mehr an Ausdehnung gewinnenden tariflichen Vereinbarungen zurückzuführen sein dürfte; in denen bekanntlich die Schlichtungskommissionen eine Menge gewerblicher Streitigkeiten regeln. Von den Klagen wurden bis zum Jahreschlusse 1907 erledigt durch

Table with 4 columns: Vergleich, 1906, 1907, + oder -. Rows include Vergleich, Verzicht, Anerkennung, Verkümmungsurteil, andere Endurteile.

Unter „andere Endurteile“ verstehen wir solche Urteile, durch die der Angeklagte nach Untersuchung des Falles entweder verurteilt oder freigesprochen wurde. Bei diesen Urteilen dauerte das Verfahren in

Table with 4 columns: 1906, 1907, + oder -, Fällen. Rows show duration of proceedings in weeks, months, and years.

Der Streitgegenstand hatte einen Wert in

Table with 4 columns: 1906, 1907, + oder -, Fällen. Rows show value of dispute in marks.

Gegen das Gewerbegerichts Urteil kann beimamtlich nur dann Berufung eingelegt werden, wenn das Klageobjekt mehr als 100 M beträgt. In 527 Fällen wurde hiervon Gebrauch gemacht und Berufung beim Amtsgericht eingelegt.

Als Einigungsamt bei angebrochenen Arbeitsstreitigkeiten (Lohnbewegungen, Streiks, Anfechtungen u. a.) wurden die Gewerbegerichte von beiden Seiten, also vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber in 180 Fällen angerufen (1906: 252); seitens der Arbeitgeber allein in 9 Fällen (1906: 6) und seitens der Arbeiter allein in 150 (1906: 234) Fällen. Im ganzen trat also das Gewerbegericht 339 gegen 493 mal im Jahre 1906 in Tätigkeit. Das hatte zur Folge, daß es in 135 Fällen (1906: 195) zu einer Vereinbarung, in 22 (38) Fällen zu einem Schiedsspruch kam. In 78 (20) Fällen kam es weder zu einem Schiedsspruch noch zu einer Vereinbarung. Zu bemerken ist jedoch, daß der vom Gewerbegericht gefällte Schiedsspruch keine gesetzliche Wirkung hat. Wenn der Parteien kein gegenseitig werden, sich denselben zu unterwerfen. Es unterwarfen sich dem Schiedsspruch beide Teile in 40 (29) Fällen, in 7 (3) Fällen unterwarfen sich nur die Arbeitgeber, in 2 (4) Fällen nur die Arbeitnehmer und in 3 (2) Fällen unterwarfen sich weder die Arbeitgeber noch die Arbeiter.

Ersuchen auf Ansuchen der Staatsbehörden oder des Konsumverbandes haben die Gewerbegerichte 25 abgegeben gegen 33 im Vorjahre. Von dem Rechte, in gewerblichen Fragen Anträge an die verschiedenen Behörden zu stellen, haben die Gewerbegerichte nur in 6 Fällen Gebrauch gemacht, eine verschwindend kleine Zahl im Verhältnis zu den vielerlei Aufgaben, die es auf diesem Gebiete gibt.

Von der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz. Der Bericht der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz hielt vorliegen im Staatsanzeiger zu Düsseldorf seine Jahresberichterstattung ab. Nach dem Geschäftsbericht betrug die Zahl der Versicherten im Jahre 1907 12214, darunter 12214 Invalidentenanstalt, 10692 Beiträge auf Feldarbeiten und 17249 Beitragsbeiträge auf Sozialkassen. Für verfallene Renten wurden insgesamt 20 Millionen Mark eingezogen, 1367000 M mehr als 1906. Bis jetzt ist der Rentenrückstand allmählich ge-

stiegen, im Jahre 1907 am stärksten, das Jahr 1908 wird nicht viel mehr einbringen als 1907. Auf Anweisung der Versicherungsanstalt Rheinprovinz sind 1907 13 670 000 M Renten gezahlt worden, wovon die Versicherungsanstalt selbst 10,6 Millionen zu tragen hatte. Ende 1907 liefen 83 000 Renten, das Vermögen beträgt 153 000 000 M, wovon 46 Millionen Darlehen sind, und zwar 30 Millionen für Arbeiterwohnhäuser, 12 Millionen für Arbeiterheime und Heilstätten, 3 Millionen für Wasserleitungen usw. Der Etat für 1909 ist auf 27 608 000 M festgestellt worden. Aus der Einnahme werden 15 Millionen direkt an die Versicherten gezahlt, dazu kommt noch der Reichszuschuß von 50 M für jede Rente im Gesamtbetrag von Mark 4 800 000, so daß sich die Zahlungen auf ungefähr 20 Millionen Mark erhöhen. In der Rheinprovinz bestehen 7 Lungenheilanstalten, 5 für Männer und 2 für Frauen, die aber dem Bedürfnis nicht genügen; deshalb ist noch die Heilstätte bei Monsdorf angekauft worden. Das man gerade diese Heilstätte nahm, ist darauf zurückzuführen, daß sie vor etwa acht Jahren unter wesentlicher Mithilfe und auf Veranlassung der Versicherungsanstalt, die auch Darlehen gegeben hat, gebaut worden ist, aber nicht wie die andern Heilstätten einen Garantieverband hinter sich hat, so daß die Versicherungsanstalt weitgehende Garantien für Belegung und Betriebsverlust übernehmen mußte. Vom 1. Januar 1909 ab erfolgt der Betrieb für Rechnung der Versicherungsanstalt. Erforderlichen Falles wird die Anstalt vergrößert werden. Der Vorstand stimmt ferner dem Ankauf der Heilanstalt Roderbirken zu, einer Anstalt, die einem dringenden Bedürfnis entgegenkommt und in ganz Deutschland nicht wieder anzutreffen ist. Ueber die mögliche Erweiterung der Heilstätte durch Angliederung einer Abteilung für Männer ist noch nicht beschlossen worden. Gegenwärtig bestehen in der Rheinprovinz 32 besondere Kontrollstellen. Der Verkauf von Beitragsmarken zur Invalidenversicherung ist nach den Abrechnungen der Oberpostkassen in den beiden letzten Monaten im Bezirke der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz erheblich zurückgegangen. Die rückläufige Konjunktur in der Industrie kann allein eine genügende Erklärung für diese Erscheinung nicht geben. Vieles mehr haben die durch Revision festgestellten zahlreichen Fälle unterlassener oder unzureichender Beitragsleistung angeregt in erheblichem Umfange das rechtliche Ergebnis mitverursacht. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz beabsichtigt daher in nächster Zeit, jedenfalls noch vor Jahreschluss, in tünlichst weitem Umfange eine eingehende Kontrolle der Beitragsleistung zur Invalidenversicherung vornehmen zu lassen. Zu diesem Behufe hat der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz nicht nur die in seinem Bezirke bestehenden 32 ständigen Kontrollstellen mit entsprechender Weisung versehen, sondern er wird auch in noch größerem Umfange als bisher Bureaubeamte zur Revision zuziehen.

Ein Merkblatt über gesundes Wohnen hat, wie die „kommunale Praxis“ berichtet, der Verein zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in München herausgegeben. Das Blatt enthält Vorschläge darüber, wie man am zweckmäßigsten wohnt, wie die Wohnungen beschaffen sein müssen, nach welcher Himmelsrichtung sie liegen sollen, um als gesund zu gelten. Besonders hervorgehoben wird, daß es falsch sei, aus Sparankheitsrückichten eine enge, zu kleine Wohnung zu mieten. Was man dort fündigt, rächt sich am Gesundheitszustand der Familienmitglieder. Eine Wohnung ist nur dann gesund, wenn sie trocken, hell und sonnig, luftig, warm und reinlich ist. Am besten ist eine freie Lage der Wohnung. Ist man aber gezwungen, in enge Straßen oder enge Höfe zu ziehen, so wähle man die oberen Stockwerke. Die Richtung nach Südosten, Südwesten und Süden ist vorzuziehen. Der Fußboden soll völlig dicht sein. Die Schlafkammer sollen so beschaffen sein, daß auf jeden Schlafkammerbewohner wenigstens 15 Kubikmeter Luftraum kommen. Ist kein Garten oder geräumiger Hofraum vorhanden, dann achte man darauf, daß wenigstens öffentliche Gärten oder Spielplätze in der Nähe liegen, in denen sich die Kinder tummeln können.

Von den Arbeitsstellen.

Hamburg, 28. Dezember. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute vormittag 10 Uhr beim Abbruch des ehemaligen Hotel de l'Europe am Alsterdamm. Im Kellergehoß waren mehrere Arbeiter beschäftigt mit dem Abtragen des Kellergerölls. Die Arbeiter, dieses gab plötzlich nach und stürzte ein. Mehrere Arbeiter konnten sich noch rechtzeitig retten, nur einer, der 23 Jahre alte Wilhelm Schult, wurde von den Massen begraben. Sofort gingen zahlreiche Hände ans Befreiungswerk, das bald von Erfolg gekrönt war; doch hatte Sch. so schwere Verletzungen erlitten, daß er bestimmungslos dem Krankenhaus St. Georg zugeführt werden mußte.

Literarisches.

Beton-Leserdruck Jahrgang 1909. 1. Teil gebunden, 2. und 3. Teil geheftet. Verlag „Industrie-Zeitung“, G. m. b. H., Berlin NW 21. Preis 2 M. Der erste Teil enthält ein gutes Kalendarium mit reichlichem Raum für schriftliche Anmerkungen. Der zweite Teil enthält die Merkzettel für den Betonbau, die als gedrängte Vorschriften alle für den Betonfachmann bei seinen Ausführungen zu beachtenden Punkte berühren. Es folgen die Normen für Befestigung und Formengemäße Prüfung von Betonstücken und die erforderlichen Prüfungsapparate und Geräte in Wort und Bild, die Vorzüge für die Ausführung und Prüfung von Stampfbeton und die Bestimmungen für die Herstellung und Prüfung der Probekörper aus Stampfbeton, wie sie zurzeit in Geltung stehen. Weiter finden wir den Wortlaut der neuen Bestimmungen vom 24. Mai 1907 für die Ausführung von Konstruktionen aus Eisenbeton bei Hochbauten, endlich die Bestimmungen, welche in Berlin für die Ausführung von Wänden und Pfeilern aus Stampfbeton gelten und eine Reihe von statistischen Tabellen, welche zur Berechnung von Säulen und Stützen, sowie Trägern dienen, mit Zahlentabellen für die verschiedenen Werte der ganzen Zahlen von 1-500. Ein gut geordnetes Stichwortverzeichnis macht den Beschluß. Der dritte Teil enthält im Anfang die Aufzählung der wichtigsten Beton- und Eisenbetondecken, unterstützt von zahlreichen Bildern. Dann folgen die Patentansprüche der geschäftlich geschützten Ausführungsarten Gipsbeton-Decken, Wände, Balken, Träger und sonstiger Bauteile, die in der Praxis mehr oder weniger häufig Eingang gefunden haben. Hieran schließen sich die Tabellen der verschiedenen Eisenarten für Bauten. Besonders wertvoll ist eine Zusammenstellung der deutschen Lehranstalten, an welchen über Eisenbeton gelehrt wird, sowie ein Verzeichnis der Prüfungsanstalten für Baustoffe. Die Kriegsflotte, Staatsbürger-Bibliothek Heft 5, 1-10. Herausg. v. Gladbach 1908. Verlag der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, G. m. b. H., 72 S. Preis 40 Pf., postfrei 45 Pf. Inhalt: Vorbemerkung. Erster Abschnitt: Die Flotte im Altertum. § 1. Die Flotte im Mittelalter. § 2. Die Flotte in der Neuzeit. Zweiter Abschnitt: Die Modernität der Flotte. § 3. Die Flotte und die Entwicklung des Seehandels. § 4. Die Flotte und die Entwicklung des Seehandels. § 5. Die Flotte und die Entwicklung des Seehandels. § 6. Die Flotte und die Entwicklung des Seehandels. § 7. Die Flotte und die Entwicklung des Seehandels. § 8. Die Flotte und die Entwicklung des Seehandels. § 9. Die Flotte und die Entwicklung des Seehandels.

Die Anfänge der preussischen Flotte. § 10. Die deutsche Flotte von 1848-1873. § 11. Die preussische Flotte. § 12. Die Flotte des Norddeutschen Bundes. § 13. Die Flotte des Deutschen Reiches nach dem ersten Flottengründungsplan von 1873-1883. § 14. Das Zeitalter der Einzelbauten ohne festen Plan von 1883-1898. § 15. Das Flottengesetz von 1898. § 16. Das Flottengesetz von 1900. § 17. Das Flottengesetz von 1902. § 18. Das Flottengesetz von 1908. § 19. Die Ausgaben für die Flotte. § 20. Die Ausgaben der Großmächte für die Flotte. Zweiter Abschnitt: Verfassungsrechtliche Bestimmungen. § 21. Die Kommandogewalt. § 22. Die Marineverwaltungsbehörden. § 23. Die Marinepflicht, freiwilliger Eintritt. § 24. Das Offizierkorps.

Streikabrechnungen.

Abrechnung vom Streik der Zimmerer in Perne. Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Summa. Rows include: Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet, An Streikunterstützungen, Die Richtigkeit beglaubigt: Franz Mikolaj.

Abrechnung vom Streik der Maurer und Zimmerer in Reidenburg, Olyr. Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Summa. Rows include: Aus der Zentralkasse, Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet, An Streikunterstützungen, Der Revisor: Aug. Schönefäs, Die Streikleitung: Rudw. Grabowski.

Abrechnung vom Streik der Fliesenleger in Duisburg. Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Summa. Rows include: Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet, An Streikunterstützungen, Der Revisor: Adam Rippe, F. Ringfort, Die Streikleitung: Wilh. Driesen, Justus Rippe, Karl Schilling.

Abrechnung vom Streik der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter in Warghauzen. Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Summa. Rows include: Aus der Zentralkasse, An Streikunterstützungen, Die Revisoren: Franz Schneidbauer, Michael Haas, Franz Maurer, Die Streikleitung: Joh. Pfaffenreiter, Jos. Strobl, Rudw. Passer.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Streikarbeiter laut Uebereinkommen der interessierten Verbände nur dem Vorstande des Gesamtverbandes ab 1. Januar 1909 zu dem Arbeiterverband gehören. Wir sprechen nur den Wunsch aus, daß die Kollegen, welche bisher zu unserem Verbande gehören, den Uebertritt geschloffen vollziehen und in ihrer neuen Organisation mit demselben Eifer für die christliche Bewegung arbeiten, wie sie dieses bei uns getan haben.

Bekanntmachungen.

Achtung! Hamburg. Die Adresse des Norddeutschen Sekretariats des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ist ab 1. Januar 1909 Georg Hartmann, Hamburg 22, Heilmannstr. 18. Telefon: Amt IV, 8545.

Verammlungskalender.

Oreben. Sonntag, den 17. Januar, vormittags 11 1/2 Uhr. Generalversammlung im Wimminghoffischen Saale. Achtung! Verwaltungsstelle Görlitz. Dienstag, den 12. Januar, abends 7 Uhr. Generalversammlung im Fessenteller. Jedes Mitglied hat zu erscheinen und sein Mitgliedsbuch mitzubringen. Der Vorstand.